



## NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES

---

Sitzungsdatum: Montag, 28.10.2024  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 20:05 Uhr  
Ort: im Bürgersaal

---

### ANWESENHEITSLISTE

#### **Erster Bürgermeister**

Ultsch, Stefan

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Baumeister, Michael

Böhler, Andreas

Bucher, Katharina

Dommel, Michael

Edelmann, Jörg

Engruber, Stefan

Hellwig, Michael

entschuldigt

Kredel, Thomas

entschuldigt

Mahnke, Brigitte

entschuldigt

Müller, Verena

entschuldigt

Muschler, Gerd

Oberhauser, Katharina

Pelczer, Max

Reichenberg, Matthias

entschuldigt

Schlicker, Andreas

nicht anwesend

Schmutterer, Armin

Schüle, Klaus

Weiß, Gerhard

Wittmann, Peter

Zinsmeister, Stefan

#### **Ortssprecher**

Braun, Reinhard

#### **Schriftführerin**

Miller, Doris

#### **Verwaltung**

Schlicker, Achim

Schubert, Peter

Schultz, Andre

Strobel, Mario

-  
FLZ

**Abwesende und entschuldigte Personen:**

## TAGESORDNUNG

### Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls der letzten öffentlichen Sitzung
3. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse
4. Information zu Bürgerwindenergie und Photovoltaikanlagen  
Vorlage: GL/237/2024
5. Änderung oder Beibehaltung der Verordnung vom 29.01.24 zu verkaufsoffenen Sonntagen  
Vorlage: GL/234/2024
6. Bereitstellung der Haushaltsmittel für den Anschluss städtischer Liegenschaften und Kenntnisnahme über abgeschlossene Wärmelieferungsverträge  
Vorlage: SBM/038/2024
7. Mittelbereitstellung für Ladeinfrastruktur am Postparkplatz in 2025  
Vorlage: SBM/041/2024
8. Umrüstung der Feuerwehrensirenen von analoger auf digitale Nutzung  
Vorlage: Amt3/053/2024
9. Neue Hebesätze aufgrund der Grundsteuerreform zum 01.01.2025  
Vorlage: Amt3/052/2024
10. Sonstiges – Wünsche und Anträge

Erster Bürgermeister Stefan Ultsch eröffnet um 18:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Ultsch begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte.

Er eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr und stellt Beschlussfähigkeit fest.

Bevor der Bürgermeister zum nächsten Tagesordnungspunkt kommt, möchte er noch kurz auf die Bürgerfrage der letzten Sitzung eingehen.

Herr Ultsch gibt bekannt, dass die Frage „Ob die Bürger eine andere Version der Protokolle der öffentlichen Sitzung des Stadtrates einsehen können, als der Stadtrat“? Der Bürgermeister hat sich diesbezüglich noch einmal informiert und es hat sich herausgestellt, dass dies im Programm anders hinterlegt war. Dieser Fehler müsste nun behoben sein.

### 2 Genehmigung des Protokolls der letzten öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende fragt an, ob es zu dem ins Internet eingestellten Protokoll der letzten Sitzung noch Anmerkungen gibt.

Sofern dies nicht der Fall ist, kann ein Beschluss über die Genehmigung getroffen werden.

1 Enthaltung

#### **Beschluss:**

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 30.09.2024 ist genehmigt.

**Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0 Anwesend 14**

### 3 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Es gab keinen Beschluss, es ging hier nur um die Novellierung der Ehrungen der Stadt bei Bestatungen. Da ging es um das Thema sehr lang ausgeschiedener Mitarbeiter, dazu gab es aber keinen extra Beschluss, es wird diesbezüglich in jedem Einzelfall besprochen, wie man vorgehen wird, so der Bürgermeister.

**Zur Kenntnis genommen**

### 4 Information zu Bürgerwindenergie und Photovoltaikanlagen

#### **Mitteilung:**

Der starke Ausbau regenerativer Energie, insbesondere im Hinblick auf die mögliche Beteiligung von Bürgern, hat den Stadtrat in den letzten Jahren wiederholt beschäftigt.

Herr Zweiter Bürgermeister Klaus Schülein hat den Antrag gestellt, dass Herr Wust von der Wust – Wind & Sonne GmbH & CoKG in der heutigen Sitzung eine Information zu diesem Thema vortragen kann.

### **Beratung:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Bürgermeister Herrn Wust von der Firma Wust-Wind und Sonne GmbH. Herr Wust errichtet mit seiner Firma Bürgerwindkraftanlagen und möchte mit seinem Vortrag Einblick darüber geben. Das Thema, dass die Stadt immer mehr beschäftigt sind die Photovoltaikanlagen, da diese immer mehr abgelehnt werden, auch neben dem Thema, wie bekommt die Stadt überhaupt den ganzen Strom über die Umspannwerke weg. Was auch von Seitens der Staatsregierung immer wieder ins Gespräch gebracht wird, ist das Thema „Windkraft“, da hier im Sommer wie auch im Winter Strom hergestellt werden kann. Und so wurde in den letzten Jahren ein Ungleichgewicht geschaffen, es gibt sehr viele Photovoltaikanlagen, aber hauptsächlich wegen den Förderungen und jetzt wurde festgestellt, dass das Winterhalbjahr fehlt, deshalb ist dieses Thema forciert.

Der Bürgermeister möchte noch einmal daran erinnern, dass die Stadt schon des Öfteren dieses Thema angeschnitten hatte. Zuerst hat es geheißen, wir haben unser Soll erfüllt, kein weiterer Bedarf. Dann kam doch wieder die Thematik auf, die von der Regierung vorgesehenen Windkraftanlagen konnten jedoch nicht errichtet werden, wegen Fluglinien usw. Deshalb kam bei der Stadt dieses Thema doch wieder zum Sprechen. Die Stadt Wassertrüdingen ist prädestiniert was den Wind angeht und jetzt geht es einfach um die Entscheidung, wo steigt die Stadt hier ein, viele Möglichkeiten hat die Stadt nicht diese Windkraftträder zu errichten und so ist die Frage: Wie geht man an dieses Thema nun heran, will man es wie in Obermögersheim errichten, wo die Stadt nichts davon hat oder geht man in das Thema Bürgerbeteiligung.

Der Bürgermeister übergibt nun das Wort an Herrn Wust.

Stadtrat Pelczer kommt um 18.06 Uhr zur Sitzung.

Herr Wust bedankt sich, dass er bei der Sitzung seine Firma und das Thema“ Energieanlagen in Bürgerhand“ vorstellen darf.

Anhang einer Präsentation stellt Herr Wust dieses Thema anschaulich dar.

- derzeitige Betreuung von 55 Energieprojekten
- derzeit ca. 120 Windräder
- 20 Solarparks
- 4 Umspannwerke im Betrieb (das am nächstgelegenen wäre in Dittenhofen, dies wurde am heutigen Tag in Betrieb genommen)

Das besondere von Wust- Wind und Sonne ist diese Energieerzeugungsanlage die ausschließlich den Bürgern vor Ort gehört. Derzeit sind 5.500 Gesellschafter im Boot, einer davon ist auch Herr Klaus Schülein.

Dies ist ein echtes Bürgermodell und echte regionale Wertschöpfung.

Was heißt echtes Bürgermodell. Hierzu wäre die Rechtsform: GmbH & Co.KG.

Der Bürger wird Anteilseigner an diesem Projekt. Es kann sich ab 5.000,00 Euro der einzelne Bürger, aber auch die Gemeinde oder auch ein Gewerbebetrieb, an diesem Projekt einkaufen. Es gibt auch eine jährliche Ausschüttung. Die Einzahlung jedes Einzelnen erfolgt erst nach dementsprechender Rechtssicherheit (Baugenehmigung, Einspeisung, stabile Finanzierung).

Was kann für die einzelne Kommune übrigbleiben?

z.B. bei einem modernen Windrad: 300.000,00 Euro Gewerbesteuer pro Windrad auf die kalkulierte Laufzeit von 20 Jahren.

Und seit zwei Jahren gibt es den

§ 6 EG, dass die einzelne Betreibergesellschaft 0,2 Cent von jeder erzeugten KW/h an die jeweilige Standortkommune abführen kann, muss nicht, jedoch die Gesellschafter aller unserer 124 Projekte führt pro KW/h 0,2 Cent an die jeweilige Standortkommune ab.

Bei einem neuen Windrad redet man von ungefähr 12/13 Mio. KW/h, gerechnet mit den 0,2 Cent ergibt dies ca. 20-26.000,00 Euro, dieses Geld würde ab dem ersten vollen Betriebsjahr für die Standortgemeinde fließen.

Herr Wust erklärt weiter anhand seiner Präsentation.

Bürgermeister Ultsch bedankt sich bei Herrn Wust für die gute Vorstellung seiner Präsentation. Er eröffnet die Fragerunde.

Herr Schülein betont noch einmal, dass was Herr Wust erklärt, Hand und Fuß hat. Schließlich hat er es selbst vor zehn Jahren miterlebt. Es gibt bis jetzt keinen unzufriedenen Beteiligten, es läuft alles sehr gut und es wurden immer wieder Gelder ausgeschüttet, wie schon von Herrn Wust erklärt. Es werden auch gemeinschaftliche Zwecke unterstützt, aber dies wird natürlich untereinander abgeprochen.

Nach vielen Fragen und Antworten durch Herrn Wust, gibt Bürgermeister Ultsch bekannt, dass man auf alle Fälle an diesem Thema dranbleibt.

Stadtrat Edelmann möchte gerne, dass die Präsentation an die Stadträte weitergegeben wird.

## **Zur Kenntnis genommen**

### **5 Änderung oder Beibehaltung der Verordnung vom 29.01.24 zu verkaufsoffenen Sonntagen**

#### **Sachverhalt:**

Der Stadtrat hat am 29.01.24 die Verordnung über verkaufsoffene Sonntage für das Jahr 2024 beraten und beschlossen. Die bayerische Regelung lässt vier verkaufsoffene Sonntage zu, in Absprache mit der Werbegemeinschaft Wassertrüdingen und aus Rücksicht auf die betroffenen Arbeitnehmer hat der Stadtrat sich auf die Festlegung von nur drei verkaufsoffenen Sonntagen geeinigt.

Laut Mitteilung des Landratsamtes Ansbach hat der DGB, Region Mittelfranken, vertreten durch den Regionssekretär Feulner, am 02.10.24 beantragt, die Durchführung der beiden verkaufsoffenen Sonntage am 06.10.24 und 03.11.24 rechtlich zu prüfen und ggf. zu untersagen. Nach Ansicht der Gewerkschaft sei insbesondere der räumliche Zusammenhang zwischen dem Ereignis „Markt“ in der Altstadt und einem großflächigen Möbelkaufhaus im GE nicht gegeben. Ansonsten wird mit Klage gedroht.

Ob durch die aktuelle Festsetzung durch die Verordnung vom 29.01.24 in Wassertrüdingen ein räumlicher Zusammenhang zwischen „Ereignis“ und „offenen Verkaufsstätten“ gegeben ist oder nicht, mag unterschiedlichen Auffassungen unterliegen. Um aber die restlichen Zweifel für die Zukunft auszuräumen, hat sich die Verwaltung mit der Werbegemeinschaft und Gewerbetreibenden beraten und hat vereinbart, für die Festsetzung der Verordnung für das Jahr 2025 dem Stadtrat zusätzlich ein neues Raumkonzept an die Hand zu geben, d.h. die Verbindung zwischen Altstadt und GE „Opfenrieder Feld“ soll durch eine neue räumliche Festlegung des Marktgeschehens gestärkt werden.

Dem DGB, vertreten durch Herrn Feulner, wurde zudem ausführlich mitgeteilt, sowohl im persönlichen Gespräch als auch telefonisch, dass die Stadt bei der jährlichen Festlegung der verkaufsoffenen Sonntage und des räumlichen Geltungsbereiches nicht leichtfertig handle, sondern sich sehr wohl Gedanken mache, und neben der Einschränkung der „freien Sonntage“ bei den Beschäftigten immer auch das Wohl des Einzelhandels zu berücksichtigen habe. Vor allem sei der Einzelhandel einem großen Druck über Online-Käufe ausgesetzt, die verkaufsoffenen Sonntage seien für den Einzelhandel ein wichtiger Part in der Generierung des Jahresumsatzes. Damit haben wir leider kein Gehör gefunden.

Da die Rechtsprechung in Sachen „räumlicher Geltungsbereich“ sehr restriktiv entscheidet, wie in den Fällen Ansbach und Herrieden deutlich wurde, hat das Landratsamt Ansbach darum gebeten, neben der Erstellung eines neuen Konzeptes für die Verordnung 2025 auch die Festsetzung des 03.11.24 (Mantelmarkt) noch einmal dem Stadtrat vorzulegen (der 06.10.24 ist schon gelaufen).

Es gibt heute drei Entscheidungsmöglichkeiten:

1. Der Stadtrat hebt § 1 Nr. 3 der Verordnung vom 29.01.24 auf, so dass nur der Markt stattfindet, allerdings nicht verkaufsoffen.
2. Der Stadtrat behält den verkaufsoffenen Sonntag am 03.11.24 bei, legt aber den räumlichen Geltungsbereich explizit fest, z.B. in welchem Bereich (z.B. nur Altstadt, ohne GE) die Läden öffnen dürfen.
3. Der Stadtrat entscheidet sich dafür, keine Veränderung 2024 vorzunehmen und ggf. eine Klage zu riskieren mit ungewissem Ausgang (ein gewisses Klagerisiko ist durchaus gegeben).

### **Beratung:**

Laut Bürgermeister sind wir seit längerer Zeit mit der Gewerkschaft im Austausch. Die Stadt hat sich mit der Werbegemeinschaft und den Gewerbetreibenden mehrmals schon zusammengesetzt, von Seiten der Stadt mit Touristik, Bauamt und Ordnungsamt. Hier wurde überlegt, wie man mit dieser Situation am besten umgehen könnte. Die Stadt hatte die Gewerkschaft immer wieder mit im Boot bei den Überlegungen, die angestellt wurden. Es wurde auch zum Ziel gesetzt, wie können wir alles miteinander verbinden, dass es eine durchgezogene Linie wird, d.h. Stadtmitte bis hinaus ins Gewerbegebiet und speziell die Firma XXXLutz ist der Gewerkschaft ein Dorn im Auge!

Es gab dann auch viele Ideen und Gespräche, auch mit denen die nicht geöffnet haben. Diese hatten der Stadt auch zugesagt, dass man deren Parkplätze mitnutzen dürfte. Dann gab es noch Ideen, dass man die Vereine mit einbezieht, andere Marktbetreiber wurde genannt, dass man dies vielleicht auch als Familientag gestalten könnte. Bei diesen Überlegungen war immer die Gewerkschaft mit involviert. Die Stadt ist nun zu der Erkenntnis gekommen, dass es in diesem Jahr nicht mehr zu schaffen ist, deshalb bleiben die beiden Marktsonntage wie gehabt und für das nächste Jahr wird ein neues Konzept vorgelegt, wo wir es hoffentlich schaffen, diesen Bereich zu verbinden.

Es gab vor dem letzten Marktsonntag noch Gespräche, die Stadt dachte, dass es doch Seitens der Gewerkschaft Einsicht gab, jedoch kam die Nachricht, dass die Gewerkschaft das Landratsamt benachrichtigt hatte, mit der Aussage, dass man der Stadt Wassertrüdingen die Sonntage verbieten müsse. Deshalb steht die Stadt nun vor der Entscheidung, wie wird damit umgegangen und wie soll die Stadt sich diesbezüglich verhalten.

Bürgermeister Ultsch hat die Meinung, dass die Stadt das Entgegenkommen signalisiert hatte, wie bereits erwähnt, statt vier, nur drei offene Marktsonntage. Das neue Konzept ist in Planung und mit der Umsetzung mit allen Beteiligten wird von der Stadt alles Mögliche getan.

Wie im Vortrag schon erwähnt, ist natürlich der Internetkauf auch nicht unschuldig an allem. Die Stadt kann sich noch glücklich schätzen, dass noch kleine Geschäfte vorhanden sind, wie z.B. Metzgerei, Blumenläden usw. und der Bürgermeister findet es sehr wichtig, dass dies am Leben erhalten werden sollte und da sind diese Marktsonntage enorm wichtig!

Der Bürgermeister weist nochmal auf die drei Entscheidungsmöglichkeiten (siehe Sachverhalt) hin. Er hat eine klare Meinung dazu, es müsse unbedingt an dem festgehalten werden, wo entschieden

wurde. Die Stadt hat Entgegenkommen gezeigt und es ist auch eine neue Variante hier komplett in Planung und diese möchte die Stadt im nächsten Jahr realisieren. Wie wird es in den einzelnen Gremien gesehen?

Stadtrat Wittmann findet es bedauerlich, dass von manchen Seiten, alles versucht wird, dies tot zu reden. Man ist der Gewerkschaft schon mit der Reduzierung auf drei offene Marktsonntage entgegengekommen. Dann gab es das Argument, dass das Markttreiben im Vordergrund stehen sollte, vor dem verkaufsoffenen Betrieb. Die Stadt möchte auch ein verlässlicher Partner gegenüber den Gewerbetreibenden sein. Herr Wittmann möchte auch noch darauf aufmerksam machen, dass die Firma XXXLutz bei den offenen Marktsonntagen ein Frequenzbringer ist. Es kommen viele Besucher nach Wassertrüdingen, da das Möbelgeschäft geöffnet hat. XXXLutz hat auch in Werbung für den kommenden Markt investiert und Herr Wittmann würde es als unfair erachten, wenn der Markt nicht realisiert werden könnte.

Herr Wittmann spricht sich außerdem dafür aus, dass man mit dem Beschluss weiterfahren sollte, es betrifft schließlich nur noch dieses Jahr. Wenn dies der Knackpunkt ist, dass der Fokus auch noch auf die räumliche Verbindung stehen sollte, dann wird sicherlich im nächsten Jahr eine Lösung gefunden werden. Herr Wittmann hofft, dass das Gericht nicht vor dem kommenden Markt entscheidet und dass der Markt wie in gewohnter Weise abgehalten werden kann, denn nur gemeinsam mit den verschiedenen Partnern (Gewerbe, Wirtschaft und Einzelhandel) können wir den Markt als gelungene Veranstaltung für Wassertrüdingen und die Umgebung sehen.

Stadträtin Bucher gibt bekannt, dass in der Fraktion lange darüber gesprochen wurde, natürlich sind die Arbeitnehmerrechte sehr wichtig, aber nach allem was man weiß, ist es so, dass die Mitarbeiter an den Sonntagen freiwillig arbeiten und dass sie auch gefragt werden, ob sie Zeit hätten. Viele Arbeitende, sind auch froh, dass es die Möglichkeit gibt, um so flexibel Arbeiten zu können. Natürlich ist es auch dem Einzelhandel sehr wichtig, dass es die Sonntage weiterhin gibt.

Frau Bucher spricht auch die Arbeitsstellen an. Wenn es nur noch Internet gäbe, schließen immer mehr Geschäfte und das ist nicht im Sinne der Arbeitnehmer/innen. Deshalb kann sie bei aller Abwägung auf das was die Gewerkschaft sagt, vertreten, dass drei Mal im Jahr verkaufsoffener Sonntag wäre. Frau Bucher spricht auch noch das Thema Busshuttle an. Es wird alles dafür getan, um die räumliche Distanz zu überbrücken, auch dies wurde negativ ausgelegt. Sie hat die Meinung, dass die Stadt hier wirklich alles versucht, aber man sollte das Gericht nicht unterschätzen, denn das Gericht könnte die Schließung auch in 24 Stunden verfügen, die Stadt ist hier nicht auf der sicheren Seite.

Laut Frau Bucher sollte uns wichtig sein, was wir für den Einzelhandel und die freie Wirtschaft wollen, auch in Bezug auf die Arbeitsplatzsicherung und deshalb muss die Stadt unbedingt 2025 ein neues Konzept auf die Beine stellen.

Bürgermeister Ultsch geht auf das Thema Busshuttle nochmal kurz ein. Es wird ein Shuttle benötigt, um die beiden Orte zu verbinden. Hier will die Stadt auch Senioren damit unterstützen usw., aber dies spielt anscheinend für die Gewerkschaft keine Rolle.

Stadtrat Dommel hatte bei diesem Thema Unbehagen, da man gegen Rechtliches verstößt. Er findet es nicht gut, dass die Gewerkschaft mit allen Mitteln versucht, dass es die verkaufsoffenen Sonntage nicht mehr gibt. Stadtrat Dommel ist dafür, dass man es für dieses Jahr noch einmal versucht, wie bisher durchzuführen und im neuen Jahr ein neues Konzept aufgestellt wird.

Stadtrat Wittmann ist der Meinung, dass mit der Entscheidung des Stadtrates, ein klares Zeichen für unseren Einzelhandel, für die Wirtschaft und unser Gewerbe, gesetzt werden soll. Und das die Stadt in jedem Fall, hinter den Geschäften stehen sollte, denn die Stadt bekommt hier schließlich auch die Einnahmen der Gewerbesteuer, davon lebt die Stadt Wassertrüdingen.

Klaus Schüle in stimmt dem auch zu. Beim letzten Markt waren schon die Anzeichen gegeben, dass die Gewerkschaft uns den Markt verbieten möchte. Jedoch war die Zeit für uns, aber die Stadt darf dies auf keinen Fall unterschätzen. Die Stadt hatte der Gewerkschaft schon mitgeteilt, dass für nächstes Jahr an einem neuen Konzept gearbeitet wird. Wir müssen unbedingt dranbleiben, dass die Wege komplett miteinander verbunden werden, speziell die Verbindung „Dinkelsbühler Straße“

(wurde dann vom Straßenbauamt nicht erlaubt), er weist diesbezüglich nochmal auf die Ausführung von Herrn Ultsch hin. Die Firma XXXLutz hat auch deutlich signalisiert, dass sie sich dementsprechend stark engagieren werde und auch diesbezüglich Marktbetreiber bringen werde, um die Distanz zu verbinden. Es wäre laut Herrn Schüle ein eine Katastrophe, wenn die Sonntage geschlossen werden müssten.

Stadtrat Baumeister möchte, dass darüber nachgedacht wird, ob man am 03.11.2024 zwischen der Verbindung Lidl und Aldi eine Auslagerung, wie z.B. Weihnachtsbaumverkauf o.ä. macht. So hat man der Gewerkschaft gegenüber was voraus.

Bürgermeister Ultsch gibt bekannt, dass es hierbei um ein geschlossenes System geht.

### **Beschluss:**

Der Bürgermeister trägt entsprechend dem Verlauf der Beratung eine Entscheidungsvariante zur Abstimmung vor. Der Stadtrat der Stadt Wassertrüdingen entscheidet sich für die Variante 3, somit wird an der Regelung der verkaufsoffenen Sonntage festgehalten.

**Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0 Anwesend 15**

## **6 Bereitstellung der Haushaltsmittel für den Anschluss städtischer Liegenschaften und Kenntnisnahme über abgeschlossene Wärmelieferungsverträge**

### **Sachverhalt:**

Mit Beschluss vom 21.03.2024 hat der Bau-, Umwelt-, Verkehrs- und Werkausschuss die Absichtserklärung beschlossen, die städtischen Liegenschaften

- Evangelischer Kindergarten „Guter Hirte“
- Betriebsgebäude Bgm.-Fleischmann-Straße 1A (ehemals Telekom)
- Bahnhofgebäude und
- Kulturtreff

ans Nahwärmenetz der Firma Stark anzuschließen. Zwischenzeitlich wurden die Lieferverträge vorgelegt.

Zur Vorstellung der Lieferverträge kann ggf. die „Nicht-Öffentlichkeit“ hergestellt werden.

Am Kulturtreff müssen 2 getrennte Anschlüsse (1x Kulturtreff sowie 1x Fahrzeughallen mit Nebenräumen und Puppentheater) erstellt werden, da bisher auch getrennte Versorgungen vorhanden sind. Eine gemeinsame Versorgung über einen Anschluss würden Mehrkosten für den zusätzlichen Umbau des Bestandes auslösen. Zudem können so auch zukünftig die verschiedenen Gebäude unterschiedlich vermietet oder verkauft werden.

Die Anschlusskosten belaufen sich auf einmalig 7.000 Euro (netto) bzw. 8.330 Euro (brutto) je Liegenschaft und sind hälftig nach Vertragsabschluss und nach Herstellung des Anschlusses zu zahlen. Die Haushaltsmittel müssen für die Liegenschaften noch bereitgestellt werden, da die Anbindung der Liegenschaften ans Nahwärmenetz durch die sehr schnell umgesetzte Planung des Betreibers im letzten Haushalt noch nicht eingeplant werden konnte.

### **Beratung:**

Stadtrat Wittmann gibt bekannt, dass sie den Grundsatzbeschluss gefasst haben, dass die öffentlichen Gebäude so weit als möglich an die Nahwärmeversorgung anschließen möchten. Dies ist der Folgebeschluss und die Stadt müsse nun die Beiträge und die damit verbundenen Finanzmittel zur Verfügung stellen, dass der Nahwärmeanlagenbetreiber dann die Sicherheit hat und die Gebäude auch anschließen kann.

Das mit dem Abschluss eines Wärmeliefervertrages ist ein wenig unglücklich gelaufen, so Wittmann, wenn die Verträge bereits abgeschlossen sind, braucht man im nach hinein nicht mehr beschließen, sondern kann dies zur Kenntnis nehmen. Natürlich ist aber unser Grundsatzbeschluss selbstverständlich dahingehend, dass wir die regenerativen Energien und somit auch unsere städtischen Gebäude damit betreiben wollen und deswegen stimmen wir hierbei zu.

Stadträtin Bucher ist mit der Darstellung nicht einverstanden, aber für den Anschluss an die Nahwärme schon. Man sollte jedoch vorsichtig sein, mit dem Grundsatzbeschluss, dies war in Augen von Frau Bucher eine Absichtserklärung, das ist etwas anderes im Bauausschuss und wenn man sich die Unterlagen vom März anschaut, war da ganz deutlich gestanden „unverbindlich“. Dies ist nicht gleichbedeutend mit einem Vertrag.

Frau Bucher betont, dass sie auf alle Fälle inhaltlich dafür ist. Der Vertrag wurde am 01.07.24, wenn die Dokumente so stimmen, durch den Ersten Bürgermeister unterschrieben. Es ist aber so, dass der Bürgermeister gar nicht befugt war, diesen Vertrag so zu unterschreiben, dies ist ein Verstoß gegen die Bayerische Gemeindeordnung, das ist ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung, dies wird von der Rechtsaufsicht dementsprechend geprüft.

Wenn Stefan Ultsch das so unterschreibt, obwohl er dies gar nicht darf, da der Stadtrat dem ganzen zustimmen muss, dann wäre es das mindeste gewesen, dass der Bürgermeister in der Juli Sitzung den Stadtrat dazu informiert. Dann wären wir noch im Bereich der dringlichen Anordnung gewesen. Aber im Juli kein Wort dazu! Dann kommt in der September Sitzung die Beschlussvorlage, Frau Bucher betitelt dies nun als Täuschung, da kam wieder kein Wort, dass die Verträge bereits unterschrieben wurden. Im Gegenteil, es gab keine Unterlagen, man sollte einem Vertrag zu stimmen der nicht einmal durchgelesen wurde.

Stadträtin Bucher findet es auch schade, dass die Verhandlung wegen Sonderkonditionen nicht zustande kam. Außerdem spricht sie noch die Mindestabnahmemengen je Gebäude an, dass ist üblich so Bucher, aber wie z.B. das Gebäude „Guter Hirte“ wo klar war, dass dieses Gebäude in den nächsten Jahren energetisch saniert würde, hätte Frau Bucher gerne einen Passus eingebaut gehabt, dass die Stadt bei energetischer Sanierung weniger Mindestabnahmemengen habe, dass wäre eine sehr wichtige Sache gewesen.

Frau Bucher möchte noch einmal klarstellen, dass Bürgermeister Ultsch spätestens als das Thema Sonderkonditionen zur Sprache kam, die Unterzeichnung der Verträge klarstellen gemusst hätte.

Dann war das Thema im Oktober auf Wiedervorlage, aber der Stadtrat hat nicht den unterschriebenen Vertrag zur Einsicht erhalten, sondern wurde nur ein Entwurf hochgeladen, schon wieder wurde uns nicht mitgeteilt, dass der Vertrag bereits unterschrieben war. Dann wurde auf einmal der Tagesordnungspunkt umbenannt und alle Anlagen ausgetauscht. Frau Bucher meint dazu, dass es das mindeste ist, dass dies nun von der Rechtsaufsicht aufgeklärt werden muss, dies ist für sie ein Präzedenzfall, deshalb wird Frau Bucher dem so nicht zustimmen.

Gerne kann man über die Mittelbereitstellung im Haushalt reden, aber das ist in den Augen von Frau Bucher nicht zeitkritisch. Es muss der gesamte Haushalt beraten werden, somit ist das egal, ob dieses Thema dann erst im November beschlossen wird.

Die Stadträtin möchte gerne die Stellungnahme abwarten, Herr Stefan Ultsch muss auf alle Fälle Stellung dazu nehmen und wir können auch gerne die Einschätzung der Rechtsaufsicht abwarten.

Es ist zeitlich völlig egal, die Verträge sind unterschrieben oder unwirksam, dass wird sich noch zeigen, aber man kann nicht einfach eine Aussage treffen, dass es unglücklich gelaufen ist. Es sollte schon bei solchen wichtigen Sachen die Geschäftsordnung/Gemeindeordnung eingehalten werden, so Bucher. Außerdem möchte sie im Stadtrat nicht getäuscht werden, es war laut Frau Bucher sowieso ein Zufall, dass dies überhaupt rausgekommen ist und deshalb möchte sie eine Stellungnahme diesbezüglich.

Stadtrat Dommel möchte mitteilen, dass sie sich für das Nahwärmesystem entschieden haben, es wurde aber nicht abgewogen, ob ein anderes System für die einzelnen Gebäude besser gewesen

wäre. Vielleicht hätte es auch wirtschaftlich besser mit einem anderen System ersetzt werden können, so Dommel.

Herr Wittmann fragt Herrn Dommel, was er sich vorgestellt hätte. Er erklärt und rechnet ihm vor, dass die Nahwärme die perfekte Lösung dafür ist.

Klaus Schülein findet die Frage berechtigt, aber es ist relativ einfach zu beantworten, denn wenn wir statt Nahwärme alles mit Pellets heizen würden, hätten wir schnell Ausgaben von 200.000,00 Euro. Es ist ja nicht nur die Anschaffung der Pellets, man müsste überall Lager bauen und man müsste einen Hausmeister anstellen, der sich um die Anlage kümmert, der alles sauber halten muss. Hier hätte man laufende Kosten und bei der Nahwärme nicht, also auch ohne Kalkulation sieht man sofort, dass eine Pelletsheizung o.ä. nicht rentabel wäre.

Stadtrat Schmutterer möchte dies auch noch unterstreichen, er ist selbst Vorstand bei der Nahwärme Geilsheim. Er spricht Herrn Dommel nochmal über seine Aussage an und ist entsetzt über seine Behauptungen. Die Gebäude sind in einem mangelnden energetischen Zustand und es gibt deshalb keine andere günstigere Alternative.

Herr Muschler meint auch dazu, dass die Nahwärme eine günstige Variante wäre, um Wärme in die Gebäude reinzubringen. Es muss der Stadt nur klar sein, dass der Jahresverbrauch sehr hoch sein wird. Aber von den Anschlusskosten ist dieser Vertrag unschlagbar.

Stadtbaumeister Schultz klärt auf, dass er in der Bürgerversammlung angesprochen wurde, ob die Stadt dies alles berechnet hat. Er meint dazu, Pellets scheiden aus räumlichen Gründen aus, denn weder im Kulturtreff noch in den anderen Liegenschaften ist Platz für die Lagerung der Pellets. Bei Wärmepumpen müsste man in die energetische Sanierung deutlich investieren. Herr Schultz gibt bekannt, dass man bei sehr kalten Temperaturen mit Strom deutlich teurer heizt als mit den 13 Cent, wie im Angebot dargestellt.

Als Alternative zum Anschluss, hätte man nur im guten Hirten Sonderkonditionen bekommen können. Da wäre man bei einer Amortisation von 6,3 bis 6,5 Jahren gewesen. Herr Schultz hofft, dass die Stadt nicht mehr so lange braucht, um energetisch zu sanieren. Nun sind wir auch bei dem Punkt energetische Sanierung. Die Grundlage für den Abschluss die im Vertrag drin steht ist die Nahwärmeverordnung, wie aufgeführt und dort steht im § 3 ganz klar, dass die Stadt jederzeit berechtigt ist, mittels dreimonatiger Frist, die Werte anzupassen, dann gehen die Kosten um einiges nach unten, z.B. wenn energetische Sanierungen an den Gebäuden durchgeführt werden. Dies alles wurde auf alle Fälle im Vorfeld geprüft und dies steht auch in der Verordnung, die die Grundlage der Verträge ist. Wenn wir energetisch sanieren, hat die Stadt die Möglichkeit, diese Mindestabnahmemenge nach unten zu korrigieren.

Bürgermeister Ultsch möchte nochmal auf das Thema eingehen, da es bereits im Bauausschuss angesprochen wurde, mit der schnellen Entscheidung der Variante. Es wurde angesprochen, ob man mit aufspringen soll, soll die Stadt das durchziehen oder nicht. Dann kam in dieser Sitzung das Thema Bahnhof auf, dieser sollte dann auch mit dem Nahwärmenetz verbunden werden. Jedoch hatte die Firma Stark den zusätzlichen Gebäudeanschluss zuerst nicht bewilligt, da es in ihren Augen zu weit entfernt war, Stark hat sich aber dann doch dafür entschieden für die Stadt dies mit anzuschließen. In diesem Sinne hat die Stadt den Preis von 13 Cent auf 10 Jahre festgeschrieben, laut Bürgermeister Ultsch ist dies ein fairer Preis. Der Bürgermeister erwähnt noch einmal, dass nun die Überprüfung läuft, hat aber nicht mit der Sache zu tun so Herr Ultsch, ob heute entschieden wird, um diese Gelder an den Haushalt zu verweisen, damit die Nahwärme dort mit eingeplant werden kann.

Frau Bucher meint, dass es keinen Vorteil gibt, wenn das Thema heute entschieden wird. Es geht um den Haushalt 2025, deshalb kann man dies auch im November entscheiden und in den Augen von Frau Bucher ist keine Dringlichkeit gegeben. Ihr geht es darum, ob der Stadtrat die Sache einfach so durchgehen lassen soll, dass gegen die Gemeindeordnung und Geschäftsordnung dermaßen verstoßen wird, es wäre heilbar gewesen, wenn man im Juli gleich Bescheid gesagt hätte. Sie fordert den Stadtrat auf, sich noch einmal durchzulesen, was im September drinsteht und im Oktober. Es hätte so viele Möglichkeiten gegeben, dies alles richtig zu stellen. Frau Bucher ist es wichtig, dass der Stadtrat dieses Thema nicht einfach durchwinkt.

Herr Schultz geht noch einmal auf die Dringlichkeit des Beschlusses ein. Die Firma Stark ist gerade dabei, alle Anschlüsse für das Nahwärmenetz die einzulegen sind zu planen. Deshalb wird die Hälfte der Gesamtsumme demnächst eingefordert werden, dass die Firma Stark damit loslegen kann. Hier ist es nun sehr wichtig, dass die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, ansonsten kann damit nicht begonnen werden.

Frau Bucher meint dazu, dass Stefan Ultsch keine Verträge in seinem Namen abschließen darf, weil dahinter diese Dringlichkeit liegt. Sie weiß nicht, wann der Vertrag bei der Stadtverwaltung eingegangen ist und ganz wichtig, es ist verantwortlich, der unterschreibt, es ist nicht das Bauamt verantwortlich, aber das dies nun dringlich ist, dass hat der Bürgermeister zu verantworten und er hat dem Stadtrat nicht darüber Bescheid gegeben.

Herr Wittmann gibt im Namen der CSU folgende Antwort, er hatte Herrn Stark mitgeteilt, dass demnächst über die Verträge abgestimmt werde, in diesem Zuge hat Herr Stark mitgeteilt, dass die Verträge doch schon beschlossen sind, so ist dies eigentlich erst rausgekommen.

Er meint dazu, dass wir nichts beschließen müssen, wo schon beschlossen wurde. Ob es jetzt rechtmäßig beschlossen, unterschrieben oder abgesetzt wurde, soll nun eine andere Stelle prüfen. Unterm Strich wird sich aber nichts ändern, d.h. dann macht man einen Empfehlungsbeschluss, über die Haushaltsmittel für den Anschluss und nicht für die Verträge.

Laut Herrn Wittmann hat man sich in der Fraktionsführerbesprechung zusammengesetzt, es wurde gesagt, dass man über die Verträge so nicht beschließt und es wurde drum gebeten, dass es in der Sitzungsvorlage abgeändert werde, aber es wurde nichts geändert.

Empfehlungsbeschlüsse hat die Stadt schon immer wieder gemacht, dies bezieht sich auf den Anschluss, nicht auf die Energielieferverträge. Die Energielieferverträge werden dann zu gegebener Zeit, nach der Prüfung, noch einmal im Gremium vorgelegt und dann kann man darüber diskutieren, so Wittmann.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat stellt die Haushaltsmittel für den Anschluss der 5 städtischen Liegenschaften zur Verfügung.

**Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0 Anwesend 15**

## **7 Mittelbereitstellung für Ladeinfrastruktur am Postparkplatz in 2025**

### **Sachverhalt:**

Der Bauausschuss der Stadt Wassertrüdingen hat in seiner Sitzung am 23.11.2023 beschlossen, einen Auftrag zur Erstellung einer Ladesäule mit zwei Ladepunkten zu 1x DC 50kW und 1x AC 22kW Leistung mit einem Kostenzuschuss von 9.000,00€ sowie einer Laufzeit von mindestens 6 Jahren und bis zu 18 Jahren zu vergeben. Auf erneute Nachfrage des Bauamtes wurde seitens des Anbieters nun ein Kooperationsvertrag vorgelegt. Die Umsetzung soll im Frühjahr Jahr 2025 nach der Winterfrostperiode erfolgen.

Die Grundbedingungen der Vergabe (Art der Ladepunkte, Zuzahlung, Dauer der Vertragslaufzeit) sind mit dem beigefügten Vertrag erfüllt. Die von der Stadt zu leistende Einmalzahlung beläuft sich auf Brutto 10.710,00 € (netto 9.000,00€).

Die Haushaltsstelle zur Abfinanzierung der Restleistungen am „Postparkplatz“ ist für das Haushaltsjahr 2024 erschöpft. Da die Umsetzung durch den Anbieter erst im Jahr 2025 erfolgen wird, sollten die Kosten im nächsten Jahr bereitgestellt werden.

Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 24.10.2024 den Bürgermeister beauftragt, den Vertrag unter Voraussetzung der Mittelbereitstellung durch den Stadtrat abzuschließen. Dies wird hiermit beantragt.

**Beratung:**

Herr Wittmann erklärt, dass dieses Thema bereits im Bauausschuss abgeklärt wurde und das es sehr wichtig ist, dass die Ladesäule im Jahr 2025 realisiert wird.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Bereitstellung der angegebenen Haushaltsmittel für das Jahr 2025. Die Verwaltung wird beauftragt, dies im Haushaltsentwurf einzuplanen.

**Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0 Anwesend 15**

**8 Umrüstung der Feuerwehrensirenen von analoger auf digitale Nutzung**

**Sachverhalt:**

Seit ca. 2022 werden die Integrierten Leitstellen (ILS) im Freistaat Bayern sukzessiv und flächendeckend von bisher analoger (5-Ton-Folge) auf digitale Alarmierung (TETRA BOS-Digitalfunk) umgestellt.

Diese Umstellung ermöglicht das Auslösen aller vier Alarmsignale gemäß TR-BOS (Probe, Feuer, Warnung der Bevölkerung, Entwarnung) und bietet eine hohe Manipulationssicherheit. Bei den meisten analogen Endgeräten, die sich bislang an Bestandssirenen befinden, handelt es sich um stark veraltete Modelle, die funktechnisch lediglich imstande sind, den Feueralarm auszulösen.

Für die Beantragung der Nutzung von BOS-Digitalfunk bedarf es zuerst einer Feldstärkemessung/Funkpegelmessung an allen Sirenenstandorten.

Danach müssten ortsfeste Funkgeräte (FRT) und BSI-Sicherheitskarten beschafft werden, damit die spätere Kommunikation sichergestellt ist. Diese sind in den Angeboten nicht aufgeführt und somit kommen noch zusätzliche Kosten hinzu. Sobald die gerade genannten Vorbereitungen abgeschlossen sind, kann die Installation an den Standorten durchgeführt und in Betrieb genommen werden.

Nachdem die Umrüstung der 10 Sirenen auch im neuen Feuerwehrbedarfsplan enthalten und beschlossen wurde, müsste die Stadt jetzt den Auftrag vergeben.

Die Verwaltung hat von mehreren Firmen Angebote eingeholt. Diese lassen sich nur schwer miteinander vergleichen. Trotz der vorliegenden Angebote können nach der Funkpegelmessung und dem Standortfreigabeverfahren der AS-Bayern je Standort noch zusätzliche Kosten anfallen.

| Firma  | Kosten  | Gesamt      | Bemerkungen  |
|--|---|-------------|--|
| <b>Anbieter 1</b><br>Var. 1<br><br>(keine neuen Sirenen) | Ca. 21.812,70 €   | 21.812,70 € | 10x Feldstärkemessungen,<br>10x Umrüstung auf digitale<br>TETRA-Funksteuerung,<br>Montagearbeiten  |
| <b>Anbieter 1</b><br>Var. 2<br><br>(neue Sirenen)        | Ca. 83.224,44 € +<br>2.500,00 € (8x Sirenen<br>+2x Sirenensteuer-<br>empfänger) | 85.724,44 € | 8x Umrüstung der Motorsi-<br>renen E57 auf Elektroni-<br>sche ECI<br>2x Tetra-Sirenen-steuer-<br>empfänger für Sirenen<br>Fürnheim und Geilsheim<br>(diese sind schon elektro-<br>nisch, benötigen aber den<br>Steuerempfänger noch) |
| <b>Anbieter 2</b>  | 26.382,30 €   | 30.297,40 € | Sirenensteuerempfänger   |
|  | 2.975,00 €  |             | Sireneneinmessung  |

|                       |                        |             |   |
|-----------------------|------------------------|-------------|---|
| (keine neuen Sirenen) | 940,10 €               |             | Schallpegelsimulation                           |
| <b>Anbieter 3</b>     | Kein Angebot abgegeben |             |   |
| <b>Anbieter 4</b>     | Kein Angebot abgegeben |             |   |
| <b>Anbieter 5</b>     | Kein Angebot abgegeben |             |   |
| <b>Anbieter 6</b>     | 3.665,20€              | 25.846,80 € | 10x Standorteinmessung                          |
|                       | 4.850,44 €             |             | Aufrüstung von 2 elekt. Sirenen                 |
| (keine neuen Sirenen) | 17.331,16 €            |             | Aufrüstung von 8 motorbetriebenen Sirenen (E57) |

Seitens des Freistaates Bayern gibt es Fördermöglichkeiten (Sonderförderprogramm Digitalfunk). Die Förderung erfolgt mit Festbeträgen – bis zu 2.181,00 € pro Sirene (max. 80% der tatsächlichen Endgerätekosten). Der Förderantrag kann noch bis 31.12.2024 gestellt werden.

Die Förderung seitens des Bundes für neue Sirenen ist leider ausgeschöpft. Ob und in wie weit es eine Neuauflage bzw. Fortsetzung dieser Förderung kommt, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nichts gesagt.

Unsere vorhandenen Sirenen werden seit Jahren von dem Anbieter 1 gewartet. Die Verwaltung würde gern das Umrüsten von dem Anbieter 1 durchführen lassen, da diese alle unsere Sirenen und deren Standorte Bestens kennt. Zu entscheiden wäre auch, ob man nur Umrüsten will mittels den 10 Sirenensteuerempfängern oder ob man 8 neue Sirenen und 2 Sirenensteuerempfänger anschafft. Hier schlägt die Verwaltung die Variante 2 des Anbieters 1 vor, da sich dann alle Sirenen der Stadt Wassertrüdingen auf einen gemeinsamen aktuellen Stand der Technik befinden.

Wichtig ist, dass die Kosten für die Sirenenumrüstung verbindlich im Haushalt 2025 eingestellt werden, da das Umrüsten zwingend durchgeführt werden muss.

### **Beratung:**

Herr Wittmann gibt an den Rest des Stadtrates, die im Bauausschuss nicht anwesend waren, einen kleinen Einblick darüber. Die einfachste Lösung wäre ein neuer Funkempfänger, dass die Feuerwehr das Funksignal von der Leitstelle empfangen könne. Es ist bis jetzt immer noch die veraltete Technik vorhanden, diese funktioniert bei Stromausfall nicht mehr, sprich die Sirene läuft dann nicht mehr. Dies ist die einzige Sirene im Katastrophenfall und deswegen wird dafür auch laut Herrn Wittmann zugestimmt. Die Umrüstung auf die elektronischen Sirenen durchzuführen, hat auch den Vorteil, dass sie Akkugepuffert sind, d.h. bei Stromausfall gehen noch bis zu drei Alarme über den Akku an die Bevölkerung und an die Feuerwehrkollegen raus. Die jetzigen analogen Sirenen können nur bei Feuer Alarm signalisieren, mehr können sie nicht.

Herr Wittmann bittet auch im Namen der Feuerwehr um die Umsetzung des Anbieters 1 Variante 2, in diesem Zusammenhang bedankt er sich besonders bei Carolin Membarth und Monique Schultz für die ganze Vorbereitung und Angebotseinholung usw.

Über dieses Thema kommt eine kleine Diskussion auf, Frau Schultz beantwortet dazu die gestellten Fragen.

Stadträtin Bucher fügt hinzu, dass es natürlich sehr wichtig ist, in den Katastrophenschutz zu investieren, dies ist laut Bucher aber die Porsche-Lösung. Ihr Gremium hatte sich überlegt, ob es nicht in

Richtung Handy-Warnung gehen sollte. Da laut Feuerwehrbedarfsplan eigentlich 0 Euro zur Verfügung dafür stehen.

Herr Wittmann fügt noch hinzu, dass es sich hierbei um keine Porschelösung handelt. Es wird 2026 die neue Leitstelle in Betrieb gehen und die Kommune ist verantwortlich für die Alarmierung und das einzige gesicherte Mittel der Alarmierung der Einsatzkräfte ist nicht das Handy, sondern sind die Funksteuersirenen, dies ist auch vom Gesetz vorgeschrieben.

Es wird auch der Stand der Technik angesprochen, bei den laufenden Umweltkatastrophen ist ein „Funkmast“ weggespült o.ä., dass Akkusystem wird trotzdem weiter funktionieren, so Herr Wittmann.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, den Auftrag zur Umrüstung der Sirenen an den Anbieter 1 zu vergeben.

Des Weiteren wird dem Vorschlag zugestimmt, dass die 8 Motorsirenen E57 auf neue elektronische ECI und 2 TETRA-Sirenensteuerempfänger für die Sirenen in Geilsheim und Fürnheim angeschafft werden (also Variante 2 des Anbieters 1).

**Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0 Anwesend 15**

## **9 Neue Hebesätze aufgrund der Grundsteuerreform zum 01.01.2025**

### **Sachverhalt:**

Aufgrund der Grundsteuerreform zum 01.01.2025 werden mit Ablauf des Jahres 2024 die aktuell festgesetzten Hebesätze für die Grundsteuer ungültig.

Diese betragen derzeit für die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Grundstücke) 550 v. H., sowie für die Grundsteuer B (für Grundstücke) ebenfalls 550 v. H.

Um ab dem 01.01.2025 die Grundsteuer weiterhin rechtskonform erheben zu können, ist bis dahin eine rechtskräftige Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze zu erlassen (Entwurf der Satzung siehe Anlage).

Da die Grundsteuerreform insgesamt aufkommensneutral gestaltet werden soll, wurden folgende neue Hebesätze berechnet, welche ab dem neuen Jahr wirksam werden:

Grundsteuer A: **510 v. H.**

Grundsteuer B: **300 v. H.**

(Bei Vorliegen der gesamten Bewertungszahlen im Stadtgebiet wird im Frühjahr 2025 die Höhe der Hebesätze nochmals geprüft.)

Die aus der Neubewertung des Grundbesitzes resultierenden Belastungsverschiebungen sollen durch eine Anpassung der Hebesätze ausgeglichen werden. Damit soll ein konstantes Grundsteueraufkommen gesichert werden.

### **Beratung:**

Bürgermeister übergibt das Wort an Frau Caroline Membarth, die den Kämmerer Achim Schlicker vertritt.

Frau Membarth erklärt den vorliegenden Sachverhalt zu den neuen Hebesätzen per Darstellung. Sie gibt bekannt, dass das Finanzamt die Daten übermittelt hat. Die noch fehlenden Daten werden zeitnah nachgereicht. Deshalb konnten bis jetzt bei der Grundsteuer A: 86 % und bei der Grundsteuer B: 89 % Messdaten vom Finanzamt übermittelt werden.

Bürgermeister Ultsch möchte gerne wissen, wann die Nachberechnung Anfang 2025 vorgesehen ist?

Frau Membarth gibt bekannt, dass die Nachberechnung für das Frühjahr 2025 eingeplant ist, jedoch müssen alle Daten vom Finanzamt zur Verfügung stehen.

Die Gremien bedanken sich und es ist natürlich das Ansinnen, dass keine großen Mehrbelastungen auf die Bürger zukommen.

Wenn sich größere Veränderungen rausstellen sollten, könnte die Satzung auch rückwirkend korrigiert werden, so Frau Membarth.

Frau Bucher ist es wichtig, dass die Bürger hierzu gut informiert werden, am besten mit einer DIN A 4 Seite im Aktuell, vielleicht auch mit einem kleinen Rechenbeispiel, da nicht alle Bürger auf die Homepage der Stadt Zugriff haben, wegen fehlendem Internet usw. Am besten in einer einfachen Sprache das es Jedermann verstehen kann und dass die Bürger in den Bürgerversammlungen auch kurz darüber informiert werden.

Frau Membarth erklärt auch noch einmal, dass die Messbeträge bei der Stadt nicht anfechtbar sind. Hierzu müsse man sich ans Finanzamt wenden.

Herr Schülein meint auch dazu, dass es sehr wichtig ist, die Bürger gut darüber zu informieren.

Stadträtin bittet darum, dass die Darstellung von Frau Membarth in der Bürgerversammlung den Bürgern gezeigt werden sollte.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Wassertrüdingen genehmigt die neu festgesetzten Hebesätze, wie folgt:

Grundsteuer A: 510 v. H.

Grundsteuer B: 300 v. H.

Die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze der Stadt Wassertrüdingen wird entsprechend angepasst und tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

**Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0 Anwesend 15**

### **10 Sonstiges – Wünsche und Anträge**

Stadträtin Bucher möchte zum Thema Agri-PV gerne wissen, ob man sich im Bauausschuss oder im Stadtrat darüber bereden kann, da es laut ihrem Wissen eine Gesetzesänderung gibt, dass es im Außenbereich privilegiert ist, dass der Stadtrat gar nicht mehr gefragt würde, wie damit umgegangen wird und sie möchte gerne wissen welche Auflagen dazu zu beachten wären, dass die Stadt darauf vorbereitet wäre.

Frau Bucher war über die Bürgerversammlung am Freitag sehr enttäuscht, sie möchte nochmal darum bitten, wenn Bürger Emailanfragen stellen, dass diese Fragen vom Bürgermeister oder der Verwaltung zeitnah beantwortet werden. Bei den kommenden Bürgerversammlungen geht es um das Thema Ehrung Hugo Pelczer, sie meint dazu, dass so etwas auf alle Fälle in einem Jahresrückblick erwähnt werden sollte.

Dann weist Frau Bucher nochmal auf die Gemeindeordnung hin, dies ist das Regelwerk, sie spricht den Antrag von Philip Decur an, dieser hätte normalerweise in der Bürgerversammlung zur Abstimmung kommen müssen.

Laut Aussage von Bürgermeister Ultsch wird er so aufgenommen.

Dann spricht Frau Bucher noch den Termin der Bürgerversammlung Geilsheim an, dass dieser auf den Termin des Adventsdorfes fällt, findet sie nicht gut. Sie würde es begrüßen, wenn es im nächsten Jahr nicht wieder an diesem Termin stattfindet.

Bürgermeister Ultsch gibt bekannt, dass dieser Termin für Geilsheim was Besonderes ist und deshalb die Bürgerversammlung immer zu diesem Termin stattfindet.

Stadtrat Schmutterer gibt nochmal bekannt, dass genau dieser Tag eine Traditionsveranstaltung bei den Geilsheimern ist, dies war schon immer so.

Herr Braun spricht das Seminar in Kloster Langheim an, hier wurde über verschiedene wichtige Themen gesprochen und es wurde priorisiert, wie man in Zukunft mit Energieerzeugung und wie man mit nachwachsenden Energien umgeht. Er möchte gerne wissen, ob jemand an den Seminaren teilgenommen hat? Er meint dazu, dass ein Teil des Stadtrates in ihrer Freizeit an dem Wochenende in Kloster Langheim teilnahm und die Verwaltung an angebotenen Seminaren oder Veranstaltungen nicht teilnimmt.

Bürgermeister Ultsch wirft ein, dass die Verwaltung nicht an jedem Seminar oder jeder Veranstaltung teilnehmen kann. Die Mitarbeiter der Verwaltung gehen zu zahlreichen Seminaren und Infoveranstaltungen, so Herr Ultsch.

Laut Herrn Bürgermeister wird dieses Thema separat aufgenommen und darüber berichtet.

Herr Schülein meint, dass es in diesem Zusammenhang auch wichtig wäre zu klären, wenn kein Umspannwerk gebaut wird, ob es überhaupt eine Chance gibt, um eine Genehmigung zu bekommen, auch wenn es privilegiert ist. Dies muss auf jeden Fall in diesem Zusammenhang auch abgeklärt werden. Denn sonst muss gar nicht darüber diskutiert werden. Laut Meinung von Herrn Schülein wird kein Umspannwerk mehr gebaut und ob sich dann für die Anlage zehn Meter Trasse lohnt, bezweifelt Herr Schülein, außer es wird ein sehr teurer Speicher gebaut.

Herr Muschler wirft ein, dass es immer darauf ankommt, wie groß die Anlage überhaupt ist. Laut Herrn Muschler schreitet der Netzausbau voran und es kommt auch ein Umspannwerk, aber nicht in den nächsten zwei Jahren, sondern vielleicht in drei oder vier Jahren, aber es geht trotzdem weiter.

Herr Braun wirft nochmal ein, dass in den nächsten Tagen, viele Veranstaltungen in Sachen Energiewende stattfinden. Er versteht nicht, warum daran nicht teilgenommen wird. Herr Braun meint, es müsse jemand dafür bestimmt werden, der daran teilnimmt oder dies organisiert.

Bürgermeister Ultsch betont noch einmal, dass es sehr viele Seminarangebote und Veranstaltungen gibt und die Verwaltung kann nicht an allen teilnehmen. Er betont auch, dass es bei dem Seminar in Kloster Langheim um das Gesamtpaket ginge, hier wurden sehr viele Themen angesprochen.

Stadtbaumeister Schultz geht auf das Seminar in Kloster Langheim ein, dies sollte uns den Weg in das GEK/ISEK zeigen und alle Themen die dort angesprochen wurden, sind Ideen gewesen, aber keine Festlegungen. Man will grundsätzlich erst einmal die Onlinebefragung der Bürger durchführen, dass sollte im Dezember dann starten, wenn das Büro dies vorbereitet hat und soll noch ergebnisoffen sein. Die Themen kommen nicht aus der Verwaltung und dem Stadtrat, sondern von den Bürgern selbst.

Dann gibt er zum Thema Seminare Auskunft. Es wird zu diesem Thema, noch sehr viele Seminare in naher Zukunft geben, er möchte aber auf die Arbeitsbelastung hinweisen, denn wenn die Stadt intensiv diese Themen weiterverfolgen soll, brauchen wir mehr Personal. Und auch zum Thema Energie, wirft er den Klimamanager in den Raum, dieser würde sich ausschließlich mit diesen Dingen beschäftigen, Herr Schultz schlägt vor, wie auch schon bei anderen Gemeinden, dass man über so eine Personalstelle mal nachdenken sollte, um vielleicht einen Klima- oder Energiemanager einzustellen.

Laut Frau Bucher wurde diese Personalstelle schon einmal angesprochen, jedoch hat der Bürgermeister dies nie aufgenommen.

Bürgermeister Ultsch möchte darauf hinweisen, dass es zu dem Thema Klimamanager einen Vortrag gab.

Stadtrat Baumeister spricht an, dass die Stadt verpflichtet ist, kontaminiertes Material zu entsorgen. Es gibt einen Gewerbebetrieb der brach liegt, der aber in den letzten 50 Jahren, auch gewisse Dinge in den Boden gebracht hatte, darüber diskutiert keiner, es gibt auch keine Abschottung, dass von dort nichts weglaufen kann. Herr Baumeister hatte dies bereits angesprochen, ob die Stadt mal mit der Umweltbehörde in Kontakt treten könnte, dies sollte auf alle Fälle zum Thema werden. Denn dieser Untergrund ist bestimmt schlimmer betroffen, als der am Festplatz. Er versteht nicht, dass am Festplatz die Stadt verpflichtet ist und die Gewerbetreibenden können hier machen was sie wollen.

Herr Schubert kann sich denken, welcher Betrieb hier gemeint ist und betont, dass es hierzu tatsächlich ein Gutachten gibt, dies wurde auch schon angefordert, aber hat die Stadt bis jetzt noch nicht erhalten. Diese Fläche soll anscheinend verkauft werden.

Bürgermeister Ultsch betont noch einmal, dass das Gutachten schon mehrmals angefordert wurde. Er bekam die Aussage, dass es laut Gutachten, auf dem Grundstück angeblich keine Belastungen gibt.

Stadtrat Dommel spricht das Bahnfest am 13.10.2024 an und möchte hier ein Dankeschön an die Verwaltung aussprechen. Auch dankt er den Mitbürgern, die dieses Fest zahlreich besucht hatten. Er hofft, dass die Bahneröffnung am 14.12.2024 genauso gut funktioniert.

### **Zur Kenntnis genommen**

Mit Dank für die gute Mitarbeit schließt Erster Bürgermeister Stefan Ultsch um 20:05 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Stefan Ultsch  
Erster Bürgermeister

Doris Miller  
Schriftführung